

## CALL FOR PAPERS

### Eine „Union der Gleichheit“? Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitiken der Europäischen Union

Im Juni 2024 fanden die letzten Europawahlen statt, die wie erwartet mit einem Rechtsruck endeten. Sowohl die Fraktionen im Europäischen Parlament (EP) als auch die Positionen in der Europäischen Kommission sind insgesamt mehr von konservativen, rechtsgerichteten und rechtsextremen Parteien dominiert. Diese Ausgangslage ist – verglichen mit dem Ergebnis nach den Europawahlen 2019 – deutlich ungünstiger für Gleichstellungs- und Anti-Diskriminierungspolitiken. Die damals von der ersten Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ausgerufene „Union der Gleichheit“ umfasste die Verabschiedung von fünf miteinander verbundenen Strategien („Schwesterstrategien“) zu den Themen Geschlechtergleichstellung, Anti-Rassismus, Sinti/Roma, LGBTQI sowie Behinderung, die neben Gender Mainstreaming auch eine Intersektionalitätsperspektive verfolgen sollen.

Insbesondere die Geschlechtergleichstellungs- und LGBTQI-Strategien wurden durch ein ganzes Paket an Maßnahmen und Richtlinien untermauert. Diese Erfolge stehen mit dem Rechtsruck nicht nur unter Druck, sondern sind ernsthaft gefährdet, gerade in Bezug auf die weitere Implementierung europäischer Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsvorgaben in den Mitgliedsstaaten. Denn das EP-Wahlergebnis spiegelt auch den kontinuierlichen Rechtsruck in vielen Mitgliedsstaaten wider, die im Rat – der dritten Kerninstitution im Bunde – vertreten sind.

Mit dem Schwerpunktheft soll zum einen die letzte Legislaturperiode (2019-2024) aus einer feministischen Perspektive bilanziert werden. Zum anderen sollen auch (vergleichende) Analysen der Inhalte der verschiedenen Strategien und ihrer Implementierung in den Mitgliedsstaaten erfolgen. Wie diese aus intersektionaler Perspektive zu bewerten sind und was bei der nationalen Umsetzung geschieht, wird bisher in der Forschung nur wenig beleuchtet. Ob zudem die Ziele von Gender Mainstreaming und Intersektionalität übergreifend in diesen und anderen Politiken umgesetzt wurden, ist eine Black Box, nicht zuletzt auch die Frage danach, welches Verständnis diese Ansätze überhaupt leitet.

Bilanz und Ausblick können aus verschiedenen theoretischen sowie methodologischen Perspektiven erfolgen. Neben politikfeldanalytischen, repräsentationsfokussierten (deskriptiv, substantiell, symbolisch) können auch diskursanalytische und institutionalistische Ansätze genutzt werden. Dabei können – je nach Ansatzpunkt – sowohl das EP als auch die Kommission sowie deren Zusammenspiel (im Sinne der These einer Parlamentarisierung der EU), die Beziehungen zum Rat der Europäischen Union, zu Parteien, Sozialpartner\*innen sowie zivilgesellschaftlichen Or-

ganisationen und sozialen Bewegungen, einschließlich oppositioneller Kräfte, im Mittelpunkt stehen.

Darauf aufbauend können u.a. folgende grundsätzliche Forschungsfragen thematisiert werden:

- ▶ Wie stark sind Frauen und marginalisierte Gruppen in den EU-Institutionen vertreten und welche Wirkungen hat das auf (1) deren innere Struktur/Organisation (polity), (2) die Entscheidungsprozesse (politics) und (3) auf deren Politiken? Welche weiteren Akteur\*innen agieren im Zusammenspiel mit oder entgegen den EU-Institutionen? Welche Bestrebungen zeichnen sich bei verschiedenen Akteur\*innen (EU-Institutionen, Parteien, Zivilgesellschaft) ab, um polity, politics und policy inklusiver zu gestalten?
- ▶ Welche Gleichstellungs- und Anti-Diskriminierungspolitiken wurden auf den Weg gebracht? Wurden Gender- und Intersektionalitätsbezüge in einzelnen Politikfeldern mittels einer der fünf verbundenen Strategien eingebracht und welches Verständnis von Gender-Aspekten und Intersektionalität zeigt sich dabei? Wie lassen sich die neuen politischen Prioritäten der Kommission hinsichtlich Gleichstellung, Antidiskriminierung und Intersektionalität feministisch einordnen und gibt es konzeptionelle Unterschiede verglichen zu den vorherigen Strategien?
- ▶ Was kann angesichts der Zusammensetzung des EP und der Kommission nach den Wahlen 2024 für verschiedene Gleichstellungspolitiken und -themen erwartet werden? Welche gleichstellungs- und antidiskriminierungspolitischen Positionen haben die EP-Fraktionen bisher vertreten? Welche Änderungen sind nach der neuen Fraktionsbildung, insbesondere mit Blick auf die Gewinne konservativer und rechtsextremer Parteien, erwartbar? Welche Fraktionen und/oder nationalen Parteien prägen die Gleichstellungspolitiken des EP und der anderen EU-Institutionen?
- ▶ Welche Bedeutung hat es, dass 2019 erstmals eine Frau Kommissionspräsidentin, eine weitere die erst dritte EP-Präsidentin wurde, und erstmals eine Kommissar\*in explizit für Gleichstellung zuständig war? Zeigen sich Veränderungen in der internen Organisation und in den Politiken? Lassen sich in Bezug auf die verschiedenen Krisen (u.a. Rechtsstaatlichkeit, Pandemie, NextGenerationEU, Brexit, Ukrainekrieg) Veränderungen in der öffentlichen Wahrnehmung feststellen?
- ▶ Wie lässt sich das Leitbild einer „Union der Gleichheit“ beurteilen, und wie die einzelnen Strategien und Maßnahmen – sowohl in Bezug auf die „innenpolitischen“ als auch die außenpolitischen Strategien (z.B. Gender Action Plan III)? Wie sind die Schwerpunkte der neuen Kommission aus gleichstellungspolitischen und intersektionaler Perspektive zu beurteilen?
- ▶ Welche Entwicklungen zeigen sich bei der Umsetzung der gleichstellungs- und antidiskriminierungspolitischen Maßnahmen und Richtlinien in den Mitgliedsstaaten? Wie positionieren sich die einzelnen Mitgliedstaaten gegenüber der EU

Gleichstellungspolitik? Gibt es einen Unterschied zwischen der jeweils innenpolitisch ausgerichteten Positionierung gegenüber der EU und der faktischen Haltung in den unterschiedlichen EU-Gremien wie z.B. dem Rat der EU?

Beitragsvorschläge zu Aspekten, die im Call for Papers angesprochen werden, in diesen Fragen aber möglicherweise nicht erschöpfend aufgegriffen werden, sind ebenfalls sehr willkommen!

### **Abstracts und Kontakt**

Der Schwerpunkt wird inhaltlich von Gabriele Abels und Petra Ahrens betreut. Wir bitten um ein- bis zweiseitige Abstracts bis zum **30. November 2024** an [gabriele.abels@uni-tuebingen.de](mailto:gabriele.abels@uni-tuebingen.de) und [petra.ahrens@tuni.fi](mailto:petra.ahrens@tuni.fi) oder an die Redaktionsadresse [redaktion@femina-politica.de](mailto:redaktion@femina-politica.de). Die Femina Politica versteht sich als intersektional feministische Fachzeitschrift. Sie fördert wissenschaftliche Arbeiten von Frauen und anderen geschlechtlich marginalisierten Personen (wie etwa trans\*, inter\*, nicht-binären oder geschlechternonkonformen Personen) in und außerhalb der Hochschule und lädt zum Einreichen inhaltlich qualifizierter Abstracts ein.

### **Abgabetermin der Beiträge**

Die Schwerpunktverantwortlichen laden auf der Basis der eingereichten Abstracts bis zum **15. Dezember 2024** zur Einreichung von Beiträgen ein. Der Abgabetermin für die fertigen, anonymisierten Beiträge im Umfang von 35.000 bis max. 40.000 Zeichen (inkl. Leerzeichen, Fußnoten und Literatur) ist der **15. März 2025**. Die Angaben zu den Autor\*innen dürfen ausschließlich auf dem Titelblatt erfolgen. Alle Manuskripte unterliegen einem double blind Peer Review-Verfahren. Pro Beitrag gibt es ein externes Gutachten (double blind) und ein internes Gutachten durch ein Redaktionsmitglied. Ggf. kann ein drittes Gutachten eingeholt werden. Die Rückmeldung der Gutachten erfolgt bis spätestens **15. Mai 2025**. Die endgültige Entscheidung über die Veröffentlichung des Beitrags wird durch die Redaktion auf Basis der Gutachten getroffen. Der Abgabetermin für die Endfassung des Beitrags ist der **15. Juli 2025**.